



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung
und Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 27. Januar 2026

Vorlagen-Nr. 26-F-15-0006

Schutz der kritischen Infrastruktur in Wiesbaden Berlin darf sich bei uns nicht wiederholen! - Antrag der Fraktion FWG/PRO AUTO vom 20.01.2026 -

In Berlin wurden durch einen infamen Terrorakt über 45.000 Haushalte vom Stromnetz abgekoppelt. Unter den Betroffenen sind alte und kranke Menschen sowie Familien, die bei den damaligen Außentemperaturen im Dunklen frieren und z.T. gesundheitsbedrohliche Umstände hinnehmen mussten.

Nach einem inzwischen veröffentlichten Pressebericht im Wiesbadener Kurier vom 16. Januar 2026 hat die Stadt schon von sich aus verstärkt ihr Augenmerk auf die mögliche Krisenanfälligkeit ihrer Stromversorgung gelegt; allerdings sind noch einige Punkte offen.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. ob es in Wiesbaden besondere Sicherheitsmaßnahmen zur Sicherung der kritischen Infrastruktur gibt, die einen solchen Vorfall verhindern könnten,
2. durch wen diese Sicherungsmaßnahmen, wenn vorhanden, durchgeführt werden,
3. ob es im Zuge der aktuellen Gefahrenlage bereits Gespräche mit Sicherheitsbehörden wie BKA, LKA oder auch der Führung des Heimatschutzregiments gibt,
4. wie sich die Zusammenarbeit mit dem von der Landesregierung 2023 eingerichteten „Sicherheits- und Resilienzrat“ zurzeit mit Blick auf mögliche zukünftige Ereignisse gestaltet,
5. ob in Fragen der Notstromfähigkeit die Stadt oder ESWE-Versorgung die Ansprechpartner der Landesregierung sind,
6. wie der Hinweis im Wiesbadener Kurier auf einen „redundanten Netzaufbau“, der Stromausfälle im Berliner Umfang für unwahrscheinlich hält, zu verstehen ist, und
7. ob es in Wiesbaden in den letzten Jahren Übungen des Katastrophenschutzes gegeben hat, bei denen ein Blackout über Stunden hinweg geprobt wurde.

Der Magistrat wird gebeten:

Alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen, die einen Anschlag auf unsere Energieversorgung verhindern können

Beschluss Nr. 0015

Die Ziffern 1. bis 7. des Antrags werden angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2026

Nele Siedenburg
stellv. Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2026

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2026

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister